

SPD Fraktion Ginsheim-Gustavsburg, Am Alten Sportplatz 24, 65462 Ginsheim-Gustavsburg

An den
Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung
Ginsheim-Gustavsburg
Herrn Mario Bach

Melanie Wegling
Fraktionsvorsitzende
SPD Fraktion Ginsheim-Gustavsburg

m.wegling@spd-gigu.de

09.06.2020**Resolution: Ginsheim-Gustavsburg – Wir sind weltoffen, vielfältig und international!**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

die SPD Fraktion bittet Sie, folgende Resolution auf die Tagesordnung zur nächsten Stadtverordnetenversammlung sowie des Haupt- und Finanzausschusses aufzunehmen:

Beschlussvorschlag:

Nach dem versuchten Angriff eines schwerbewaffneten Rechtsextremen auf die Synagoge in Halle, in der rund 50 Gläubige den wichtigsten jüdischen Feiertag Jom Kippur begingen und dem anschließenden Mord an zwei Personen, hat der 27jährige Rechtsextremist bestätigt, dass er aus antisemitischen und rechtsextremistischen Motiven gehandelt hat.

Die Zunahme antisemitischer Äußerungen und antisemitisch motivierter Straftaten im Land und in sozialen Netzwerken gefährden unsere Demokratie und unser Zusammenleben. Antisemitismus richtet sich in Worten und Taten gegen Menschen jüdischen Glaubens, Einrichtungen und gegen den Staat Israel. Für antisemitische Haltungen, die sich in Hetze, Gewalt und Boykottaufrufen zeigen, gibt es keine legitime Rechtfertigung.

Ginsheim-Gustavsburg ist eine weltoffene, vielfältige, tolerante und internationale Stadt, die von unterschiedlichen Herkünften und dem guten Zusammenleben aller ihrer Menschen profitiert. In ihr ist kein Platz für menschenverachtendes Gedankengut und Fremdenfeindlichkeit. Vor diesem Hintergrund spricht die Stadtverordnetenversammlung Ginsheim-Gustavsburg den jüdischen Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes ihre uneingeschränkte Solidarität aus und verurteilt ausdrücklich auch jegliche Art von antisemitisch motivierter Diskriminierung und Gewalt.

Diese Resolution ist ebenso eine Selbstverpflichtung der hier vertretenen demokratischen Parteien, die politische Auseinandersetzung mit Respekt und frei von Gewalt und Hetze zu führen. Jeder Mensch in Ginsheim-Gustavsburg ist aufgerufen, sich gegen antisemitische Propaganda und antisemitische Übergriffe zu stellen.

Die in der Stadtverordnetenversammlung vertretenen Fraktionen und die fraktionslose Stadtverordnete werden sich stets dafür einsetzen, dass Gewalt, Rassismus und insbesondere antisemitischer Hetze kein Raum gegeben wird.

Zusammen stehen wir ein gegen Antisemitismus, Rassismus und jegliche gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Für eine offene und tolerante Gesellschaft. Unsere Anteilnahme gilt den Angehörigen der Opfer und den Verletzten.

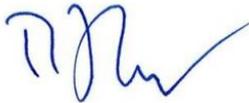
Begründung:

Dass in dem Land, das maßgeblich für die Shoa verantwortlich war, wieder Jüdinnen und Juden Angst aufgrund ihrer religiösen Zugehörigkeit haben müssen, ist eine Schande.

Zum Bild in den Städten mit jüdischen Einrichtungen und Synagogen gehört inzwischen zur Normalität, dass Einsatzkräfte der Polizei regelmäßig und zum Teil immer zum Schutz vor den Gebäuden stehen. In der Politik fand seit 2003, beginnend mit dem damaligen Bundestagsabgeordneten Martin Hohmann, ein schleichender Prozess statt, der es ermöglicht, dass mit antisemitischen Klischees „gearbeitet“ wird. Die beiden baden-württembergischen Landtagsabgeordneten der AfD, Wolfgang Gedeon und Stefan Räßle sowie der Bundestagsabgeordnete Stephan Brandner sollen hier nur als Beispiel genannt werden.

Nicht nur auf Schulhöfen ist immer öfters wieder „Du Jude“ als Schimpfwort zu hören. Wir alle als Demokraten müssen uns entschieden gegen jegliche Form von Antisemitismus, ob mit Worten oder Taten stellen! Es liegt in unserer Verantwortung, dass jüdisches Leben hier in Deutschland Normalität ist und das Jüdinnen und Juden ohne Angst haben zu müssen, ihren Glauben leben können.

Mit freundlichen Grüßen



Melanie Wegling
(Fraktionsvorsitzende)